

## Bildung für „Friedensgesinnung und Völkergemeinschaft“

Es gibt wenige Politikfelder, über die der neue Landtag so viel bestimmen kann wie über die Bildung. Der friedenspädagogische Rahmen dazu ist in der Landesverfassung festgelegt. Dort heißt es in Art. 7 (2): „Die Jugend soll erzogen werden [...] zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

Auch aus diesem Verfassungsgebot leitet die DFG-VK NRW ihre Forderungen zur Landesbildungspolitik ab. Über diese Forderungen zur Konversion von Bildungspolitik und die Vorstellungen der Landesparteien hierzu sucht die DFG-VK NRW das Gespräch.

### *Friedensbildung in der Lehrer:innen- und -fortbildung*

Friedensbildung ist, so die NRW-Landesstrategie, ein Schlüsselaspekt der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Sie zeigt Alternativen auf zur Dominanz eines sicherheitslogischen Denkens, das Konflikte ausschließlich als Bedrohung ansieht, der man sich (notfalls unter Einsatz von Gewalt) erwehren muss. Die friedenslogische Perspektive der Friedensbildung verfolgt dagegen den Ansatz, hinter dem Konflikt stehende Interessen zu verstehen, konstruktive Lösungen zu suchen und zu innergesellschaftlicher wie internationaler Versöhnung beizutragen. Trotz ihrer Bedeutung spielt Friedensbildung in NRW im Schulsystem nur eine untergeordnete Rolle. Daher bedarf es in Nordrhein-Westfalen einer strukturellen Verankerung der Friedensbildung in schulischen und außerschulischen Lernräumen.

Die DFG-VK NRW fordert die Einrichtung und langfristige Finanzierung einer Servicestelle für Friedensbildung NRW. In der Lehrkräfte-Ausbildung müssen friedenspädagogische Anteile als verpflichtende Bestandteile in allen drei Phasen integriert werden.

### *Keine Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und Schulen*

2008 haben in NRW das Schulministerium und die Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung geschlossen – als erste dieser Art in Deutschland. Seitdem hat die Bundeswehr ihre Werbetätigkeit an und im Umfeld von Schulen immer weiter ausgedehnt. Eine Folge davon ist die zunehmende Rekrutierung von Minderjährigen durch die Armee, etwas, was dem Geist der UN-Kinderschutzkonvention deutlich widerspricht. Seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr über 14.000 Minderjährige eingestellt und an der Waffe ausgebildet. Das muss ein Ende haben! Auch die einseitige politische Beeinflussung durch die Jugendoffiziere der Bundeswehr an



Schulen lehnen wir ab. Darum fordert die DFG-VK NRW weiter, dass die Kooperationsvereinbarung ersatzlos gestrichen wird und die Bundeswehr in den Schulen nicht mehr für sich werben darf.

### *Zivilklausel an Hochschulen*

Der Landtag von NRW hatte 2014 eine Zivilklausel im Hochschulgesetz beschlossen, die von den Hochschulen in NRW entsprechend umgesetzt wurden. Allerdings bestehen immer noch Konflikte über deren Auslegung und Durchsetzung. Besonders vermisst die DFG-VK NRW die vollständige Offenlegung der Inhalte von Projekten mit Mitteln aus der Bundeswehr oder Rüstungswirtschaft. Folgenschwerer ist jedoch der Beschluss der schwarz-gelben Landesregierung von 2019, die Zivilklausel aus dem Hochschulgesetz wieder zu streichen.

Daher fordert die DFG-VK NRW, dass Landtag und die Landesregierung die Zivilklausel wieder in das Hochschulgesetz aufzunehmen und sich für die Umsetzung der Zivilklausel an allen Hochschulen im Land engagieren.

## Friedensland NRW: Zivil statt Militär!

Positionen der DFG-VK NRW für die  
Landtagswahlen 2022



### Kontakt

DFG-VK NRW  
Braunschweiger Str. 22  
44145 Dortmund

Tel.: 0231 818032 (Fax -31)  
dfg-vk.nrw@t-online.de  
www.nrw.dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden auf das Konto:  
Alois Stoff-Bildungswerk der DFG-VK NRW  
IBAN: DE57440501990001045342  
BIC: DORTDE33XXX



**DFG-VK** 1892  
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT -  
VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER:INNEN





Konversion: Vom Munitionsdepot zum Bioenergiepark Saerbeck

## Friedensland NRW: Zivil statt Militär!

### Maßnahmen zur Stärkung der friedenspolitischen Positionierung unseres Bundeslandes

Der Krieg in der Ukraine hat die Frage nach unserer Verantwortung für Frieden und Verständigung in Europa neu gestellt. Die wieder zunehmende weltweite Aufrüstung, die laut ihrer Befürworter der Abschreckung dient, hat diesen Krieg nicht verhindert. Die fortbestehende Atomrüstung ist wieder als dramatische Bedrohung der Menschheit ins Bewusstsein gerückt. Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen wollen wir im Vorfeld der Landtagswahlen auf die Situation in unserem Bundesland NRW schauen.

Nordrhein-Westfalen ist über zahlreiche Kanäle freundschaftlich mit vielen Ländern und Orten der Welt verbunden. Städtepartnerschaften verbinden Menschen aus NRW mit Menschen anderer Länder und Kontinente. Handelsbeziehungen knüpfen Verbindungen kreuz und quer über den Globus. Zuwanderer bringen Kultur und Sprache anderer Länder an Rhein und Ruhr, ihre verwandtschaftlichen Bindungen in die Herkunftsländer stellen Brücken aus NRW in viele Gegenden der Welt dar. Unser Bundesland hat friedliche Beziehungen in alle Welt!

Doch NRW ist auch ein Land des Militärs und der Rüstung, der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. Mit Rheinmetall in Düsseldorf und Thyssen-Krupp in Essen sind zwei der größten deutschen Rüstungskonzerne in NRW beheimatet. Die Firma Urenco in Gronau betreibt dort die einzige Urananreicherungsanlage in Deutschland, mit der nicht nur immer noch zahlreiche Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden, sondern deren Technologie auch zur Herstellung von Atombomben dienen kann. Die Bundeswehr unterhält hier zahlreiche Standorte. Besonders bedrohlich ist die Luftwaffenkommandozentrale in Kalkar, von der aus alle Luftwaffeneinsätze der Bundeswehr, ob im Syrienkrieg, in Afghanistan, Mali oder über dem Baltikum gesteuert wurden und werden. Gefährlich sind auch die Eurofighter-Basis in Nörvenich, auf der jetzt auch Atombomber stationiert sind. Auch der AWACS-Stützpunkt in Geilenkirchen und die Luftwaffenzentrale in Köln-Wahn sind Bestandteil eines auf Konfrontation ausgerichteten Luftwaffensystems. In Augustdorf ist an einem der größten Heeresstandorte Deutschlands die Panzerbrigade 21 stationiert, deren Soldaten in Afghanistan Krieg führten und auch an anderen Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt sind. Auf dem benachbarten Truppenübungsplatz Senne, mitten in der einzigartigen Naturlandschaft der Senne, üben die Bundeswehr und die britische Armee für ihre Kriegseinsätze. In Münster befindet sich die Zentrale des NATO-niederländischen Korps, das im Wechsel mit anderen die Schnelle Eingreiftruppe der NATO stellt, einem zentralen Element in der zugespitzten Konfrontation zwischen NATO und Russland.

Kein Urananreicherung in NRW: Urenco stilllegen!



Senne: Nationalpark statt Kriegsübungen!

## Wir wollen kein Kriegsland NRW, wir wollen ein Friedensland zwischen Rhein und Weser!

### Programm zur Standortkonversion aufstellen

Militär kann Frieden nicht sichern, ist immer Grundlage für Konfrontation und Kriegsgefahr! Wir fordern die Schließung der Militärstandorte wie die NATO-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem und den AWACS-Stützpunkt in Geilenkirchen. Durch Maßnahmen des Landes kann der Weg bereitet werden, damit eine solche Schließung nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Bürger im Umfeld geht, sondern neue Perspektiven eröffnet. Daher fordern wir von der Landesregierung die Einrichtung eines Landeskonzessionsprogramms. Damit kann die Landesregierung frühzeitig Strukturen und Gelder bereitstellen, um die Umwandlung eines militärischen in einen zivilen Standort verträglich umzusetzen. Solche Programme gab oder gibt es bereits in anderen Bundesländern, so z.B. in Brandenburg.

### Nationalpark Senne einrichten

Ein weiterer Bereich, in dem die Landesregierung aktiv werden sollte, ist die Einrichtung eines Nationalparks Senne unter Einschluss des riesigen Gebietes des dortigen Truppenübungsplatzes. Die britische Armee hatte für 2020 ihren Abzug angekündigt, damit wäre der Weg frei gewesen für den von Bevölkerung und Naturschutzverbänden seit langem geforderten zweiten Nationalpark in NRW. Angesichts der gewachsenen Konfrontation mit Russland erhebt nun die britische Armee neuen Anspruch auf die Nutzung der Senne. Das lehnen wir ab, wir brauchen mehr Naturschutz und keine Militärbungen! Wir fordern die Umwandlung des Truppenübungsplatzes Senne in einen Nationalpark!

### Betriebsgenehmigung entziehen

Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Doch in Gronau im Münsterland wird in der einzigen Urananreicherungsanlage Deutschlands der Brennstoff für zahlreiche Atomkraftwerke

weltweit weiter hergestellt. Wir fordern die Rücknahme der Betriebsgenehmigung für Urenco durch die Landesregierung. Damit stünde auch die Technologie für den Bau von Atomwaffen in Deutschland nicht mehr aktiv zur Verfügung.

### Wirtschaftsförderung nur zivil

Das Land NRW unterstützt die heimische Wirtschaft mit finanziellen Mitteln und durch unterschiedliche Beratungs- und Serviceleistungen. Davon profitieren auch Hersteller und Zulieferer der Rüstungsindustrie. Deutsche Waffen sind auf Kriegsschauplätzen in aller Welt zu finden, machen Kriege erst möglich. Wir fordern, solche Leistungen an die Bedingung zu knüpfen, dass die unterstützten Unternehmen nicht im Bereich militärischer Sicherheits- und der Rüstungsindustrie tätig sind.

Zeichnung: Wilfried Porwol

